

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/129

Bonn, den 11. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Zusammenbruch der Geheimniskrämerei</u> Notwendige Bemerkungen zum Pelfe-Prozess Von Heinrich G. Ritzel, WdR	78
2a	<u>Der ungewisse Marsch</u> Zur Aufhebung des Mieterschutzes in den "weißen Kreisen" Die Verpflichtung des Bundesrates	45
3 - 4	<u>Nachdenkliche Union</u> Erhard ist noch lange kein Rezept für bessere Politik	73
5	<u>Woher kommt das Morphin "999"?</u> Beschuldigungen gegen das abwesende China	48
6	<u>Ein bewegendes Dokument</u> "Schreiben der Arbeiter von Asch an das Zentralkomitee des deutschen Arbeiterkongresses in Leipzig zur Aufnahme"	40

Chefredakteur Günter Markscheffel
(z.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Zusammenbruch der Geheimniskrämerei

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Wir haben in Bonn in den letzten Jahren so viel Theater um Geheimsachen, VS-Verschlußsachen u.a. erlebt, daß es einem Abgeordneten schwer fällt, sich mit den Methoden abzufinden, die im gesamten Bonner Bundesbereich üblich geworden sind. Die verlockende Anwendung des dicken Gummistempels "Geheim" oder "VS-Verschlußsache-" hat eine Atmosphäre heraufbeschworen, die krankhaft ist und langsam lächerlich wirkt. Aus persönlichen Ressentiments und aus parteipolitischen Gründen wurde die Geheimniskrämerei im Verhältnis zwischen Regierung und Parlament auf die Spitze getrieben, und auch im Parlament gab und gibt es Leute, die nur allzu gerne bereit sind, dieses Spiel mitzuspielen.

Lächerliche Selbstverständlichkeiten

Lächerliche Selbstverständlichkeiten, über die man schon längst aus der Presse Bescheid wußte, werden den Abgeordneten des Bundestages in den Ausschüssen als geheim serviert. Man verlangt von ihnen die unterschriftliche Bestätigung, daß sie diese oder jene als geheim bezeichnete Drucksache entgegengenommen haben. Man stellt den Abgeordneten für den Verschluß dieser angeblichen Geheimpapiere Stahlkächer zur Verfügung und händigt ihnen einen Schlüssel dazu aus. In Wirklichkeit gibt es aber vier Schlüssel für das gleiche Stahlkächer, von denen drei sich irgendwo im Verwahr eines Beamten des Bundestages befinden. Die Atmosphäre der Verdächtigungen geht so weit, daß ich als Mitglied des Haushaltsausschusses seit Jahren die Erteilung von Quittungen für Entgegennahme angeblich geheimer Unterlagen ablehne, auf die Unterlagen selbst verzichte und in der durchzuführenden Sitzung die entsprechenden Auskünfte mündlich verlange. Das Auffinden irgendwelcher Protokolle, über deren wirklich geheimen Charakter berechtigte Zweifel bestehen, führt zu großen Auseinandersetzungen mit in Verdacht geratene Abgeordnete.

Geheimfonds ohne Kontrolle

Die Kontrolle der Geheimfonds der Bundesregierung wird nach wie vor dem Parlament systematisch vorenthalten, aber die Kundigen wissen über die Verwendung der Geheimfonds doch mehr Bescheid als im Bundeshaushalt vorgesehen ist. Das Tollste auf diesem Gebiet ist der Verzicht auf echte Kontrolle im Bereich des Bundesnachrichtendienstes. Es existiert ein Haushaltstitel 0404 - Presse- und Informationsamt der Bundesregierung - Bundesnachrichtendienst. Im Jahre 1962 betragen die Mittel für den Bundesnachrichtendienst 52,5 Millionen DM, für das Jahr 1963 sind rund 58 Millionen DM vorgesehen. Die Mittel werden nach einem durch einen Unterausschuß des Haushaltsausschusses des Bundestages genehmigten Wirtschaftsplan bewirtschaftet, dessen Planstellen und Einzelsätze für die Verwaltung bindend sind. Damit ist keine

Kontrolle der Verwendung der Mittel selbst gegeben. Diese Kontrolle könnte nur durch Kenntnis der Einzelheiten ausgeübt werden, die Gegenstand der Jahresrechnung werden. Derselbe Unterausschuß kann die Jahresrechnungen in großen Zügen zur Kenntnis nehmen. Seine Erklärung des Präsidenten des Bundesrechnungshofes bilden die Grundlage für die Entlastung der Bundesregierung und damit des Bundesnachrichtendienstes. Eine Kontrolle der wirklichen Tätigkeit des Bundesnachrichtendienstes ist damit nicht gegeben.

... die zum Himmel schreien

Der Prozeß Felke und Genossen zeigt, daß in der "Organisation Gehlen" - wie der Bundesnachrichtendienst früher genannt wurde - Dinge möglich sind, die zum Himmel schreien. Mit den letzten Tricks und in schamloser Weise werden bundesdeutsche Interessen gegen Geld verraten und verkauft. Der Oberregierungsrat Felke wurde beauftragt, sich selbst zu kontrollieren, indem man ihm den Auftrag erteilte, den sowjetischen Geheimdienst zu überwachen, dessen hochbezahlter Spion oder gar Chefspion er war. Was braucht man sich im Bundesbereich über ein gefährdetes Komma zu streiten, wenn andere Leute das ganze Lexikon stehlen und verkaufen? Was hier vorgeht und was hier möglich geworden ist, ist ein Skandal ohne Beispiel. Wir haben einen Verfassungsschutz - wo blieb er, als es galt, den Herren vom Bundesnachrichtendienst auf die Finger zu sehen? Wir haben ein Bundeskriminalamt. Was tat es in gleicher Hinsicht, um zu prüfen, ob Herren des Bundesnachrichtendienstes systematische Spione seien?

Angeschlagenes Vertrauen

Wie im Geschäftsleben die Freundschaft aufhört, so muß in allen Fragen des Nachrichtendienstes jeder Glaube an die Integrität des einen oder anderen Agenten oder Beamten zur Seite gestellt werden. Heute haben wir den Beweis dafür, daß alle die Kleinigkeiten, die die deutsche Öffentlichkeit so lange beschäftigen - man braucht nur an das Vorgehen gegen den "Spiegel" zu denken und damit die Tatsache zu vergleichen, daß Herr Saevecke Mitakteur bei der Spiegel-Aktion war - um zu sehen, wieviel wichtigere Dinge wirklich die Aufmerksamkeit der Regierungsorgane und des Bundestages in Anspruch nehmen sollten. Der Bundesnachrichtendienst ist offensichtlich zu einem Unterschlupf von Angehörigen des ehemaligen Sicherheitsdienstes der SS geworden. Im Bundeskriminalamt konnte sich der Gestapo-Saevecke des besonderen Vertrauens erfreuen. Wohin soll dieser Zusammenbruch des Vertrauens und der Geheimniskrämerei noch führen? Was tut die Bundesregierung, um hier nie wieder gutzumachende Schäden künftig zu vermeiden?

* * *

Der ungewisse Marsch

Zur Aufhebung des Mieterschutzes in den "weißen Kreisen"

Die Verpflichtung des Bundesrates

sp. Millionen Menschen, die zur Miete wohnen, sehen dem 1. August mit Unruhe und Sorge entgegen. An diesem Tage soll das Gesetz, nach dem Namen des derzeitigen Bundeswohnungsbauministers "Lückeplan" genannt, in Kraft treten. In den sogenannten weißen Kreisen, die fast 400 Stadt- und Landkreise umfassen, drohen zum 1. November dieses Jahres Mieterhöhungen bis zu 20 - 30 Prozent und möglicherweise zahlreiche Kündigungen. Der Fortfall der Mietpreisbindung und des bisherigen Mieterschutzes schwört die Gefahr eines rechtlosen Zustandes herauf. Viele Mieter können Freiwild werden. So will es die jetzige Bundestagsmehrheit. Sie hat die Folgen eines Gesetzes nicht bedacht, das das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Wohnung durchlöchert, wenn nicht sogar ganz aufhebt. Die den bisherigen Mieterschutz ablösenden Bestimmungen reichen nicht aus, den Mieter vor Willkür zu schützen. Die statistischen Angaben des Bundeswohnungsbauministeriums sind veraltet, sie werden der Wirklichkeit nicht gerecht. Ein Wohnungsdefizit von drei Prozent setzt den Wohnungsuchenden in Nachteil, er muß auf der Strecke bleiben.

Die Bundestagsmehrheit hat sich allen Bitten und Mahnungen der Opposition verschlossen, den Termin der Freigabe wenigstens um ein Jahr zu verlängern und die vorliegenden statistischen Daten einer neuen Überprüfung zu unterziehen. Die Liberalisierung der Wohnungsbauwirtschaft kann ja nur dann funktionieren und ohne besondere nachträgliche Folgen sein bei einem Überangebot von Wohnungen von mindestens zwei Prozent - von diesem Zustand sind wir in der Bundesrepublik noch weit entfernt. Experten berechnen den Fehlbedarf von Wohnungen auf fast eine Million, die Zahl der abbruchreifen oder einer gründlichen Erneuerung bedürftigen Wohnungen nicht einbegriffen. Die sonst nicht so experimentierfreudige Koalition beschritt jedoch den Weg eines Experiments, der beladen ist von Unsicherheiten und neuen Spannungen. Das Gesetz, wie es ist, ist ein Gesetz zur Förderung des Haders zwischen Mietern und Vermietern; die in ihm vorgesehenen Miet- und Lastenbeihilfen für die einkommensschwachen Schichten der Bevölkerung rangieren unter der irreführenden Bezeichnung eines "sozialen Mietrechts". Sie sind Frostpflasterchen für die zu erwartenden Wunden. Warum schweigt der Herr Familienminister Heck dazu? Gerade ihm müßte die Unverbindbarkeit dieses lückenhaften Gesetzes mit einer gesunden Familienpolitik aufgehen.

Nicht schweigen aber sollte der Bundesrat. Er hat die Möglichkeit, über die Anrufung des Vermittlungsausschusses das Inkrafttreten dieses Gesetzes für den vorgesehenen Termin, zum 1. August, zu verhindern. Die Ministerpräsidenten verfügen, da sie das Ohr näher am Volke haben, über Einsichten, denen sich der Bundeswohnungsbauminister und die Bundestagsmehrheit verschließen. Ein Ja zu diesem Gesetz öffnet die Bahn für soziale Unrast. Das sollte der Bundesrat bei seiner Beratung am morgigen Freitag in den Kreis seiner Überlegungen mit einbeziehen.

Nachdenkliche Union

Erhard ist noch lange kein Rezept für bessere Politik

Die Wähler der Bundesrepublik werden nicht gerade Herrn Adenauer fragen, ob sie der SPD ihre Stimme geben sollen oder nicht. Es ist deshalb ebenso gleichgültig wie bisher, ob der amtierende Bundeskanzler in irgendeiner öffentlichen Rede sagt, er habe das Vertrauen zu den Sozialdemokraten oder er habe es nicht. Es war zudem mit Sicherheit zu erwarten, daß der greise Vorsitzende der CDU - wie er es kürzlich in Siegburg tat - wieder dunkle Mahnungen von sich geben würde, um irgendwen im Hinblick auf eine mögliche Regierungsübernahme durch die SPD zu schrecken.

Aber natürlich hat Adenauer guten Grund zu der Äußerung, die Bundestagswahl von 1965 werde außerordentlich bedeutungsvoll sein, weil der Wähler entscheiden müsse, ob er die Mehrheit einer Partei geben solle, die all die Jahre die CDU-Politik abgelehnt habe. Das wird wirklich die Entscheidung sein. Der Wähler wird - mit anderen Worten ausgedrückt - zu sagen haben, ob er die Regierungspolitik, die uns gegenwärtig demonstriert wird, noch länger ertragen, oder ob er sein Vertrauen noch stärker als bisher der SPD bekunden will. Von Wahl zu Wahl geben mehr Wahlberechtigte ihre Entscheidung für sozialdemokratische Politiker ab, weil sie davon überzeugt sind, daß Sozialdemokraten besser regieren können, als diejenigen, die nur seit vielen Jahren in Bonn zwar die Verantwortung tragen, dieser Verantwortung aber nicht gerecht werden.

Diese gegenwärtige Bundesregierung kann nicht regieren. Das ist an zahllosen Beispielen auf allen Gebieten des täglichen Lebens zu beweisen. Adenauer und seine Minister quälen sich über die Runden und alle an Erhards Nachfolgerschaft geknüpfte Vorschau-Reklame kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch nach Adenauers Ausscheiden das alte Spiel fortgesetzt wird.

Will die CDU jetzt etwa behaupten, Adenauer allein trage die Schuld daran, daß in Bonn nicht regiert wird? Erhard ist ebenso lange in der Bundesregierung wie der Kanzler, den er nach dem Willen seiner Partei bald ablösen soll. Wenn Adenauer auch offiziell allein als Bundeskanzler "die Richtlinien der Politik bestimmt" solange er im Amt ist, besaß Erhard etwa keine Wirkungsmöglichkeiten, die es ihm hätten erlauben können, besser tätig zu sein, als er es war und heute ist? Und welche Rolle spielen dabei eigentlich die Abgeordneten der größten Regierungspartei? Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr von Brentano, verlangt

11. Juli 1963

öffentlich, aber außerhalb des Bundestages, daß die Regierung regieren müßte und sagt damit, daß sie es zur Zeit nicht tut. Wer hat ihn und seine Fraktionskollegen eigentlich daran gehindert, die Regierung zu einer besseren Tätigkeit zu zwingen?

Unterdessen zerbricht man sich jetzt in der CDU/CSU den Kopf darüber, wie man es wohl anstellen muß, den Sozialdemokraten den Weg in die Verantwortung zu verlegen. Adenauer greift zur liebgewordenen Methode und behauptet einfach, alles, was die SPD sage und in ihrem Programm niedergelegt habe, sei mit größter Vorsicht zu betrachten, weil man ihr nicht trauen könne. Nun, die SPD hat nicht ausgerechnet Herrn Adenauer durch ihr Programm und ihre Politik überzeugen und zu einem ihrer Anhänger machen wollen. Das hat man sich wohl auch in Adenauers Partei gesagt. Immerhin wurde in diesen Tagen dargelegt, eine solche Argumentation wie Adenauer sie liebt - "ist kurzsichtig, weil der Wähler konkurrierenden Parteien den Vorwurf der Unaufrichtigkeit kaum abnimmt, wenn schon zugegeben wird, daß das Trogramm des Gegners gut sei, denn erscheint der geäußerte Verdacht, er wolle oder könne es angesichts der Kräfteverhältnisse in seiner Partei nicht verwirklichen, als kleinliche Käkelei und als hilfloser Versuch, fehlende Argumente durch Verächtigungen zu ersetzen."

Diese Selbstkritik ist zweifellos richtig. Es wäre für die Politik in unserem Lande sicherlich ein großer Vorteil, wenn die CDU/CSU endlich in der Lage wäre, sich mit sachlichen Argumenten der politischen Diskussion zu stellen. Das Sozialdemokraten haben niemals einen Zweifel daran bestehen lassen, daß sich ihre Vorstellungen und Zielsetzungen in zahlreicher Fragen des politischen Lebens von dem unterscheiden, was Adenauer zur Zeit CDU-Politik nennt. Und die Sozialdemokraten sind auch mit sichtbarem Erfolg dabei, der Öffentlichkeit diese Unterschiede deutlich zu machen.

Die unmittelbare politische Gegenwart läßt uns indessen eine Bundesregierung erleben, die unter Adenauers Kanzlerschaft ständig Beweise ihrer Unfähigkeit liefert. Sie läßt uns eine CDU/CSU erleben, die nichts anderes anzubieten hat, als einen "neuen" Mann an der Spitze, der bis in die jüngste Vergangenheit zu den treuesten Mitläufern seines Vorgängers zählte. - Es ist durchaus verständlich, daß man in der CDU/CSU nachdenklich wird.

+ + +

Woher kommt das Morphinum "999"?

Beschuldigungen gegen das abwesende China

B.K. - Der trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen blühende Rauschgiftthandel im Fernen Osten hat auch einen hochpolitischen Aspekt. Die auf dem illegalen Rauschgiftmarkt Hongkongs am häufigsten gehandelte Morphiumsorte trägt die Firmenmarke "999". Gewisse Besonderheiten der Verpackung und auch der Ware selbst legen jedoch die Vermutung nahe, daß nicht nur ein, sondern mehrere geheime Laboratorien sich dieser offenbar besonders begehrten Marke bedienen. Handelt es sich dabei um "unlauteren Wettbewerb" zwischen konkurrierenden Banden oder um den Beweis für die Existenz eines gut organisierten, trustartigen Produktionsapparates? Wo befinden sich diese Produktionsstätten? Und woher beziehen sie ihr Rohmaterial?

"Sehr wahrscheinlich aus China"

In der Rauschgiftkommission der Vereinten Nationen gab der amerikanische Delegierte bekannt, seine Regierung verfüge über Berichte, wonach Ende letzten Sommers eine gewaltige Menge rohen Opiums - etwa achtzehn Tonnen - aus der chinesischen Provinz Jünnan nach Burma gebracht und in Laos und Thailand verkauft worden sei. Ein in Süd-Korea beschlagnahmtes Opium-Muster stammt nach dem Gutachten des UNO-Laboratoriums für die Identifizierung der Rauschgifte "sehr wahrscheinlich" aus China.

Mit einiger Zurückhaltung beurteilt Thailand die Herkunft des Morphiums "999". Ziemlich sicher werde es aus dem "Norden" eingeführt, worunter in diesem Fall das gebirgige und schwer zugängliche laotisch-burmesisch-chinesische Grenzgebiet gemeint ist. Nach Ansicht der britischen Rauschgiftspezialisten bestätigen immer zahlreichere Hinweise die seit einiger Zeit gehegte Vermutung, daß das Grenzgebiet Burmas, Chinas, Laos und Thailands den internationalen Rauschgiftthandel mit Rohopium und Morphinum versorgt, das seit altererher unter dem Namen "Opium aus Jünnan" bekannt sei. Womit der gegen die Volksrepublik China gehegte Verdacht weder ausdrücklich bestätigt, noch widerlegt wurde.

Ungarn nahm China gegen die "böswilligen Erfindungen seiner Verleumder" in Schutz. Die Behauptung, dieses Land versorge den internationalen Rauschgiftthandel mit Opium, um seine Unternehmungen im Ausland zu finanzieren und kriegswichtiges Material einzukaufen, entehre jeder Grundlage. Es wäre doch für China unvorteilhaft, meinte der ungarische Sprecher, rohes Opium auf den Markt zu bringen, da mit Morphinum und Heroin viel größere Gewinne erzielt werden könnten. Indessen müsse man feststellen, daß die geheime Produktion dieser Rauschgifte in vielen Ländern trotz großer Risiken beträchtlich zugenommen habe, was nicht der Fall wäre, wenn die Volksrepublik China den Markt beliefern würde ...

So bleibt die Herkunft des Morphiums "999" einstweilen mit Geheimnissen umgeben. Das Untersuchungslaboratorium der Vereinten Nationen kann solange zu keinen absolut zuverlässigen Schlußfolgerungen gelangen, als ihm die Regierung von Peking nicht authentische Opiumproben zu Vergleichszwecken zur Verfügung stellt. Das wird sie aber nicht tun, solange sie ihren Platz in den Vereinten Nationen nicht einnehmen kann. Und deshalb klafft in der internationalen Bekämpfung des Rauschgifthandels auch weiterhin eine riesige Lücke, wodurch insbesondere die Versorgung des zahlungsfähigen amerikanischen Marktes gewaltig erleichtert wird:

17. Juli 1963

Ein bewegendes Dokument

"Schreiben der Arbeiter von Asch an das Zentralkomitee des deutschen Arbeiterkongresses in Leipzig zur Aufnahme"

Bei der Jahrhundertfeier der sudetendeutschen Sozialdemokratie in München wurde ein Schreiben verlesen, das Ascher Arbeiter an den Vizepräsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Leipzig, Dr. Dammer, am 30.9.1863 gerichtet hatten. Das Dokument spricht für sich selbst.

"Wohlgeborener, Hochgelehrter, Hochzuverehrender Herr Doktor Dammer!

Von dem frommen Wunsche beseelt: Möchten doch alle Menschen so von der Aufrichtigkeit des Demokratismi wie wir beiden Unterzeichneten sein! geben wir uns die Ehre, Eure Wohlgeboren edeldenkendes Schreiben an uns hiermit zu beantworten. Die in Ihrem Briefe wie in den Statuten und in den dreien uns gesendeten Broschüren enthaltenen Ansichten und Bedingungen sind der Aufschwung zum allerchristlichsten Kosmopolitismo. Wir müßten uns selbst hassen, wenn wir nicht unsere Zustimmung und Bereitwilligkeit zum Beitritt versichern wollten. An einen Verein sich anschließen, der nur fleißige, sparsame und intelligente Mitglieder aufnimmt und duldet, das ist der festeste Grund, sein Glück zu bauen; denn nur in Gegenteil blüht das Wehe der Menschheit. Von den nämlichen Grundsätzen durchdrungen, wünschen noch mehrere Individuen hier beizutreten ...

Wir leben als Protestanten nach der reinen Christuslehre, da ist die Bibel unsere Richtschnur; folglich lieben, achten und ehren wir jeden Menschen, welcher Konfession er auch angehören mag. Nicht der Name, sondern die Tugend macht den Christen, und über diese unsere Tendenz kann jedermann auf unsere Rechtlichkeit sich verlassen.

So weit wir uns in das Programm des Herrn Lassalle durch Ihr höchst geehrtes Antwortschreiben und durch die vier uns gesendeten Druckschriften eingeweiht haben, kann es kein anderes Heil der Menschheit geben, als die Ausführung dieser allerwichtigsten Aufgabe des Arbeiterstandes, und Herr Lassalle und respektive alle Subjekte, die sich mit ihm an die Spitze stellen, sind für Erlöser der Staatsübel anzuerkennen. Nur Finsterlinge können denselben entgegentreten. Was Hus, Luther, Zwingli und Calvin für die Kirche waren, das sind diese Weltleuchter für den Staat.

Wir harren demnach aller weitem Nachricht sehrsuchtsvoll entgegen; wir versprechen, uns Ihrer Verfügung gern zu unterwerfen und empfehlen uns Ihrem Gutachten und Wohlwollen.

Zu dieser Hinsicht, wo man im Staatshaushalt nach Gottes Welt-
haushalt sich richten muß, unterzeichnen sich mit demokratischen
Kompliment hochachtungs- und ehrfurchtsvollst Euer Wohlgeboren er-
gebensten bereitwilligsten Diener

N.N. allhier und N.N."

+ + +